

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 04/2010

AUSSCHAFFEN – ABER RICHTIG!

Die EVP lehnt die Ausschaffungsinitiative ab und stimmt dem Gegenvorschlag ebenso deutlich zu. Er nimmt berechtigte Anliegen der Initiative auf und ermöglicht eine verfassungsmässige und völkerrechtskonforme Umsetzung.

VON WALTER DONZÉ

Die Initiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer» findet emotional Anklang. Ausländerinnen und Ausländer sollen ausgeschafft werden und nicht unsere Gefängnisse füllen. Der Initiativtext enthält eine eher zufällige Auflistung von einzelnen Straftatbeständen, die im Einzelfall automatisch zu einem Widerruf der Aufenthaltsbewilligung führen sollen. Der heute bestehende Ermessensspielraum der Behörden würde abgeschafft. Ein einmaliger Ladendieb müsste ausgeschafft werden, wer aber wegen schweren Betrugs, schwerer Körperverletzung oder Wirtschaftsdelikten für mehrere Jahre ins Gefängnis müsste, dürfte bleiben, weil die Initiative diese Straftatbestände nicht vorgesehen oder schlicht vergessen hat. So vermischt die Initiative schwere Straftaten und Bagatelldelikte.

Vernünftiger Gegenvorschlag

Heute wird die Ausschaffung in den Kantonen sehr unterschiedlich gehandhabt. Deshalb hat das Parlament einen Gegenvorschlag beschlossen. Er stützt sich nicht auf einzelne Tatbestände, sondern auf ein Mindeststrafmass. Ausgeschafft wird, wer für eine Tat rechtskräftig verurteilt worden ist, für die eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr vorgesehen ist (Mord,



Walter Donzé im Parlament.

vorsätzliche Tötung, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung, etc.). Ebenfalls sein Aufenthaltsrecht verliert, wer zu einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren (oder zu mehreren Strafen von insgesamt zwei Jahren in den letzten zehn Jahren) rechtskräftig verurteilt worden ist. Dabei werden rechtsstaatliche Prinzipien wie die Verhältnismässigkeit gewahrt und keine völkerrechtlichen Bestimmungen verletzt. Kriminelle Ausländer, die schwere Straftaten begehen, werden damit ausgeschafft. Der Entzug des Aufenthaltsrechts ist aber abhängig vom Strafmass und damit vom Verschulden und nicht von der willkürlichen Auswahl bestimmter Delikte.

Im Unterschied zur Initiative enthält der Gegenvorschlag Bestimmungen zur Integration im Sinne von Fordern und Fördern. Er fordert von den ausländischen Personen «die Respektierung der Grundwerte der Bundesverfassung und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, den Willen zu eigenverantwortlicher Lebensführung sowie die Verständigung mit der Gesellschaft». Zudem erhält der Bund die Kompetenz, Grundsätze der Integration einheitlich festzulegen.

Unvereinbar mit Völkerrecht

Die Initiative gaukelt einfache und radikale Lösungen vor. Ausschaffungen würden zwar konsequent ausgesprochen, könnten aber in vielen Fällen nicht vollzogen werden. Konflikte mit rechtsstaatlichen Garantien der Bundesverfassung wären programmiert, insbesondere mit dem Non-Refoulement-Prinzip (niemand darf in ein Land ausgewiesen werden, in dem er an Leib und Leben gefährdet sein könnte), dem Schutz des Privat- und Familienlebens sowie mit dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit.

Die DV der EVP Schweiz hat aus diesen Gründen am 28. August in Weinfelden die Ausschaffungsinitiative mit 75 zu 14 Stimmen abgelehnt und dem Gegenvorschlag mit 75 zu 12 Stimmen zugestimmt. Sie gibt damit bei der Stichfrage dem Gegenvorschlag klar den Vorzug.

KOMMENTAR

Durchbrüche

Der Durchbruch bei der NEAT ist erfolgt. Die Ingenieure haben alle geologischen Schwierigkeiten überwunden und die Kostenüberschreitungen halten sich eingermaßen im Rahmen.

Kein Vergleich mit dem alten Gotthardtunnel, bei dem die Kosten schon sehr bald aus dem Ruder liefen, 177 Arbeiter im Tunnel starben, vier während eines Streiks erschossen wurden und etliche an den himmeltraurigen hygienischen Zuständen zugrunde gingen.

Doch auch beim Bau der NEAT starben bislang acht Menschen. Die Arbeit im Berg bleibt gefährlich. Noch ist unklar, wie die minderwertigen Abflussrohre saniert werden können, welche mafiöse Elemente den Baukonzerten angedreht haben. Damit die NEAT voll zum Zug kommt, müssen die Zufahrtslinien ausgebaut werden. Nur so rückt das Verlagerungsziel in Griffnähe.

Derweil wird Stimmung gemacht für eine zweite Strassenröhre. Sie soll nur während der Sanierung des alten Tunnels zweispurig befahrbar sein, wird versichert. Da lachen ja die Hühner. Zum Glück bräuchte es dazu eine Verfassungsänderung.

Durchbruch am Gotthard – ein Grossereignis. Doch Durchbrüche wünsche ich mir auch anderswo: z.B. beim Klimaschutz oder der weltweiten Armutsbekämpfung. Geben wir die Hoffnung nicht auf – wie die chilenischen Mineure, die in einem beispiellosen «Durchbruch» gerettet worden sind.

Niklaus Hari, Kommunikation

Start ins Wahljahr 2011

Vor 43 Jahren war ich als 18-jähriger und ohne Stimm- und Wahlrecht bereits Mitglied der Wahlkommission der EVP Kanton Aargau für die Nationalratswahlen. Damals wurden allgemein die Wahlen erst am Anfang des Wahljahres vorbereitet; die Namen der Kandidierenden standen im Frühjahr fest und der eigentliche Wahlkampf konzentrierte sich auf die letzten Wochen vor dem Wahltermin. Somit konnte während gut drei Jahren gearbeitet werden, bevor alles im Zeichen des Wahlkampfes stand.

Heute herrscht permanenter Wahlkampf. Viele politische Entscheide werden bereits mit der Überlegung getroffen, ob sich der Einsatz in einer Sache lohnt. Wir sollten uns von diesem permanenten Wahlkampffieber fernhalten. Es schädigt die Gesundheit.

Wer die Illusion hatte, nach der Besetzung der Doppelvakanz im Bundesrat werde es ruhig, hat sich getäuscht. Am 23. Oktober 2011 finden keine Bundesratswahlen statt, sondern National- und Ständeratswahlen. Es gilt, das Parlament zu wählen. Als EVP wollen wir Ideen liefern und im Übrigen mithelfen, breit abgestützte Lösungen zu finden. Es ist bemerkenswert, dass in den letzten 11 Jahren im Nationalrat recht viele Entscheide dank der EVP-Vertretung so und nicht anders herauskamen.



Ed Rieben

Rund 58 000 Wählerinnen und Wähler erhielten wir im Oktober 2007. Dies hätte für 5 Nationalratssitze gereicht. Wir mussten uns bekanntlich mit 2 zufrieden geben. Wir starten jetzt ins Wahljahr und tun unser Bestes, dass christliche Werte in der Bundespolitik ernst genommen werden.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Die Musik ist zu wichtig, als dass sie weiter eine Stiefschwester des Sports bleibt.»

Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) am 27. September im Nationalrat bei der Beratung der Volksinitiative «jugend + musik».

«Ich traue mich fast nicht, es zu sagen, Herr Bundesrat, aber Herr Grin hat noch eine gepfefferte Zusatzfrage.»

Nationalratspräsidentin Pascale Bruderer Wyss beweist Humor im Anschluss an Bundesrat Merz' inzwischen legendäres «Pü-hü-hündnerfleisch.» SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin hat die Anfrage bezüglich Import von gewürztem Fleisch eingereicht und darf wie üblich eine Zusatzfrage stellen. Er tut es mit den Worten: «Monsieur le conseiller fédéral, pardonnez-moi de prolonger ce moment de bonne humeur, mais j'ai une question complémentaire à vous poser.»

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2011 fürs «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist das «akzente» im Zentralbeitrag inbegriffen; dennoch steht es Ihnen selbstverständlich frei, das «akzente» auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der DV der EVP Schweiz am 28. August 2010 in Weinfelden für die Abstimmung vom 28. November 2010:

Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» **NEIN**

Gegenvorschlag **JA**

Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeitsinitiative)» **JA**

AUS DEM INHALT

Bettagskonferenz «Wie christlich ist die Schweiz?» **4**

Steuergerechtigkeit: Mindeststeuersätze gegen das «race to the bottom» **5**

Neuer Coordinateur romand Christian Meyer wird Nachfolger von Silvia Hyka **7**

MARIANNE STREIFF – ANWÄLTIN FÜR FAMILIEN

Marianne Streiff, bis vor kurzem Fraktionspräsidentin im Berner Grossrat, ist neu im Nationalrat. Die Nachfolgerin von Walter Donzé über ihre neue Aufgabe, ihre Haltung ihre Themen und Positionen – und über die Krönung ihrer ersten Session.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Was bedeutet Dir das «E» der EVP?

In meiner politischen Arbeit sollen die Gedanken, Zielsetzungen und Entscheide am Evangelium messbar sein. Die Bibel ist jedoch kein Rezeptbuch für einfache Antworten. Es zeigt sich immer wieder, dass Christen zu ganz unterschiedlichen Schlüssen kommen können. Aber aus der Beziehung zu Jesus heraus ringe ich bei vielen Entscheiden um meinen inneren Frieden.

Als Christin sind Dir Werte wie Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde wichtig. Wie verträgst sich das mit den Niederungen der realen Politik?

Gott sei Dank besteht die Politik nicht nur aus Ränkespielen, sonst hätte ich dort schon lange nichts mehr verloren. Politik ist die Kunst des Möglichen. Es liegt an uns Christinnen und Christen, mit unseren Grundwerten – welche die EVP auf www.lebenswerte.ch in einer Charta festgehalten hat – gegen das Verblässen der christlichen Schweiz anzutreten. Wenn wir uns auf dieser Basis sachlich engagieren, sind wir am richtigen Platz.

Wo stehst Du politisch?

Ich bin eine überzeugte Mitte-Politikerin. Wenn ich mich für The-



Marianne Streiff, zweite Nationalrätin der EVP.

men engagiere, bei denen der Mensch im Zentrum steht, heisst es bald einmal, ich politisiere links. Und wenn ich in Lebensrechtsfragen eine wertkonservative Haltung einnehme, heisst es, ich sei extrem rechts. Darum bleibt das Pendel bei mir in der Mitte stehen.

Wo siehst Du die grösste Herausforderung für die Schweiz?

Aussenpolitisch in unserem Verhältnis zu Europa. Und im Innern besteht die grosse Herausforderung darin, dass wir Schweizer unsere christliche Wertebasis in vielen Punkten verlassen haben und das

Profitdenken ins Zentrum stellen. Diese Haltung strahlt auf alles aus. International ist es die Klimafrage.

Welche Themen werden Dich als Nationalrätin beschäftigen?

Als Mitglied der Staats- und der Sicherheitspolitischen Kommissionen sicher einmal Fragen aus diesen Bereichen. Als ehemalige Ressortvorsteherin von Köniz ist Sicherheit kein Fremdwort für mich. Die Familie liegt mir am Herzen, für sie werde ich mich einsetzen. Auch in sozialen Fragen werde ich mich weiter engagieren. Ich freue mich ausserordentlich, so vielfältig tätig sein zu können.

Hast Du konkrete Ziele für die Zeit im Nationalrat?

Als Initiantin der Familienkonferenz und Mitinitiantin des Familienkonzepts im Kanton Bern ist es mir ein Anliegen, dass dieses Thema auf Bundesebene weiterverfolgt wird. Die EVP muss dran bleiben bezüglich Entlastung der Familien,

Kindergeld, Unterstützung der Eltern, welche ihre Kinder selbst betreuen und Abbau der Heiratsstrafen bei Steuern und AHV. Als Präsidentin des Branchenverbandes von sozialen Institutionen für Menschen mit Behinderung (INSOS Schweiz) ist mir zudem die soziale Eingliederung von Menschen mit einer Behinderung wichtig.

Wie kann die Familie konkret gestärkt werden?

Wir müssen ermöglichen, dass Eltern möglichst viel Zeit mit ihren Kindern verbringen können und die Kinder in der übrigen Zeit gut betreut werden. Wir müssen dafür sorgen, dass junge Familien kein erhöhtes Armutsrisiko haben. Denn ohne Familien können wir die Zukunft schlicht vergessen.

Mitten in Deiner ersten Session wurdest Du zum ersten Mal Grossmutter.

Grosseltern zu werden ist ein tief beglückendes Erlebnis, das wir sehr geniessen. Für mich hat die Geburt meiner Enkelin der ersten Session die Krone aufgesetzt.

Bereits in einem Jahr hast Du Dich der Wiederwahl zu stellen. Was heisst das für Deine politische Arbeit?

Es ist schwierig, sich in einem Jahr besonders bemerkbar zu machen. Ich will einfach gute Arbeit leisten. Ich werde mich als Nationalrätin engagieren, unabhängig vom nächsten Wahltermin. Provozieren, nur um der Aufmerksamkeit willen? Ich will mich selber bleiben und kein Theater spielen.

Die ersten Vorstösse von Marianne Streiff

«Mit meiner ersten Motion will ich den diskriminierenden Begriff «invalid» in allen Gesetzen ersetzen. Invalid bedeutet wörtlich unwert. Doch niemand ist nichts wert, nur weil er oder sie eine Behinderung hat!

Mit einem zweiten Vorstoss fordere ich einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, wie er bereits an einigen Orten üblich ist. Er würde wie die Mutterschaftsversicherung aus der Erwerbersatzordnung finanziert.»

Marianne Streiff, 53

verheiratet, drei Kinder, Lehrerin, Legasthienethérapeutin Gemeindeparlamentarierin (1991-1998) und Gemeinderätin von Köniz (2004-2009), Grossrätin (1998-2010, seit 2003 zudem Fraktionspräsidentin) und seit 13. September 2010 Nationalrätin. Präsidentin von INSOS Schweiz (Branchenverband der sozialen Institutionen für Menschen mit Behinderung) und Geschäftsleitungsmitglied des Dachverbands «angestellte bern».



Gregorianisch singen

Dietrich Bonhoeffer soll 1935 gesagt haben: «Nur wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen.» Damals waren diese Gesänge in gewissen Kreisen Ausdruck besonderer Frömmigkeit. Heute sind es eher Taizé- oder Hillsong-Lieder. Dagegen ist gar nichts einzuwenden.

Aber Innerlichkeit und kirchliche Binnenperspektive sind nicht der ganze christliche Glaube. Im Nazi-Reich waren die Juden die am meisten gefährdete Bevölkerungsgruppe. Darum: «Nur wer für die Juden schreit, darf gregorianisch singen.»

Für wen gilt es heute zu schreien? Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit kämpfen mit einem Franken oder weniger pro Tag um ihr Überleben. Unsere politischen Entscheide und alltägliches (Konsum-)Verhalten haben einen direkten Einfluss auf sie.

In der Schweiz geraten Behinderte unter den Spardruck der Invalidenversicherung. Wer Sozialhilfe empfängt, verfällt dem Kollektivverdacht des Missbrauchs. Ausländische Bevölkerungsgruppen werden in Sippenhaft genommen, je nach Herkunftsland oder Religionszugehörigkeit. Jährlich können über 10 000 Personen in der Schweiz ihre Stimme nie erheben, weil sie abgetrieben wurden.

Christinnen und Christen sind berufen, für gefährdete Menschen zu schreien: In die materiellen, sozialen und geistlichen Nöte hineintreten, dagegen aufstehen, andere in diesen Nöten und aus ihnen hinaus begleiten. Gregorianische oder andere Gesänge verbinden sie mit dem auferstandenen Jesus Christus, der ihnen Mut, Ausdauer und Hoffnung dazu gibt.

Paul Kleiner, Rektor TDS Aarau

ARME ALS GRADMESSE FÜR «CHRISTLICHKEIT»

Die 6. Bettagskonferenz der EVP ging am 18. September in Aarau der Frage nach: Wie christlich ist die Schweiz? Das Spannungsfeld zwischen den christlichen Wurzeln Europas und der Rolle der Kirche in der heutigen Gesellschaft gab zu regen Diskussionen Anlass.

VON NIKLAUS HARI

Zum Auftakt rief Jeff Fountain, Direktor des «Schuman Centre for European Studies», die Wurzeln der westlichen Welt in Erinnerung. Mit dem Auftreten christlicher Missionare in Europa, hätten die europäischen Völker eine gemeinsame Basis erhalten. Die Geschichte Europas sei nicht zu verstehen, ohne das Christentum und die Bibel zu kennen. Man müsse nicht gläubig sein, um dies zu erkennen.

Religiöse Wahrheiten werden zu religiösen Meinungen

Anschliessend betonte Dr. Philippe Gonzalez, Religionssoziologe an der Universität Lausanne, der moderne Staat habe die historischen Konflikte zwischen den Konfessionen wie beispielsweise die Religionskriege während der Reformation oder die Unterdrückung der Täuferbewegung überwunden. Die Schweiz sei säkular und neutral die Religion betreffend. Das Christentum habe unsere Institutionen und Werte mitgestaltet, dürfe sich aber nicht als ihr alleiniger Ursprung betrachten. Jede religiöse Wahrheit wandle sich im Zug der öffentlichen Debatte in eine religiöse Meinung und müsse sich ent-

sprechend bewähren. Das heisse aber nicht, dass Kirchen oder christliche Parteien sich nicht einbringen könnten in der Gesellschaft, im Gegenteil. Wenn sie ihre Werte und Überzeugungen ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erklären und die Werte der öffentlichen Debatte standhalten, könnten sie schliesslich als gemeinsame Basis verinnerlicht werden.

Nach der Kaffeepause beleuchtete Prof. Dr. Thomas Schlag, Professor für Praktische Theologie an der Universität Zürich, die Rolle der Kirche in der Öffentlichkeit. Eine christliche Kirche, die nicht öffentlich sei, gäbe es nicht und habe es noch nie gegeben. Religion als Privatsache sei deshalb eine fragwürdige Vorstellung. Im Gegenteil müssten gerade intolerante Strömungen offen ans Licht treten, damit Toleranz als gesellschaftliches Ideal gepflegt werden könne.

Nicht aus, aber mit Religion lässt sich auch heute ein Staat machen

Die institutionelle Trennung von Staat und Kirche sei richtig verstanden ein tragfähiges Modell. Das heutige Gemeinwesen versuche bewusst und richtigerweise eine unheilige Vermischung zwischen Kirche und Staat zu vermeiden. Ande-

rerseits lebe jeder säkulare Staat von Voraussetzungen, die er selbst weder schaffen noch garantieren könne: er beruhe zwar mit gutem historischem Recht auf Religionsneutralität, aber sei ja gerade nicht wertneutral. Kirche habe theologisch gesprochen die Pflicht, zweitens rechtlich gesehen die Möglichkeit und drittens politisch verstanden die Verantwortung, sich öffentlich zu artikulieren.

Arme und Kriminalstatistik als Gradmesser

Als Nächste betonte Pfarrerin Claudia Bandixen, Kirchenratspräsidentin der Reformierten Landeskirche Aargau, dass die Kirche vielerorts ihren Beitrag leiste, ohne dass er entsprechend wahrgenommen werde. Abschliessend präsentierte Nationalrätin Maja Ingold mögliche Folgerungen für die politische Arbeit. Wie christlich ein Land sei, ergebe sich nicht nur aus der Zahl der Menschen, die in eine Kirche gingen, sondern sei auch an der Zahl der Armen ersichtlich oder in der Kriminalstatistik. In der Präambel unserer Verfassung finde sich eine hervorragende Beschreibung einer christlichen Solidargemeinschaft: die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Eine christliche Politik entsage sich dem Effekthaschen nur um des Medieninteressens willen, sondern sei dem sorgfältigen Ringen um gute Lösungen für alle verpflichtet.



Die Referenten der Konferenz: Jeff Fountain, Claudia Bandixen, Maja Ingold, Philippe Gonzalez, Thomas Schlag (mit Joel Blunier).

Webtipp

Die teils schriftlichen, teils als Audiobeitrag vorliegenden Referate können heruntergeladen werden von evppev.ch > Aktuell > News > Berichte von Veranstaltungen der EVP.

WIDER DEN RUINÖSEN STEUERWETTBEWERB

Die EVP unterstützt die Steuergerechtigkeitsinitiative, welche den kantonalen Steuerwettbewerb mit Mindestsätzen beschränken will. Degressive Steuersätze werden verboten.

VON NIKLAUS HARI

Heute hat der Steuerwettbewerb ungesunde Formen angenommen. Gemeinden, Kantone, aber auch Staaten führen einen ruinösen Kampf um die reichsten Steuerzahler. Dabei wird oft ausgeblendet, wer die besten staatlichen Leistungen bei einem vernünftigen Steuerniveau anbieten kann (Effizienzgedanke), sondern es geht nur noch darum, wer die tiefsten Steuern aufweist. So graben sich die Kantone gegenseitig das Wasser ab. Wer den Anschluss nicht verpassen will, muss weiter an der Steuerspirale drehen. Es droht ein «race to the bottom» und einzelne Gemeinwesen kommen schon heute an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Massvolle Einschränkung

Die Steuergerechtigkeitsinitiative, die am 28. November zur Abstimmung kommt, will genau diesen ruinösen Steuerwettbewerb ent-

Die Initiative

Die Initiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb» will den kantonalen Steuerwettbewerb beschränken und dazu Mindeststeuersätze festlegen. Ab einem Einkommen von 250 000 Franken soll der Grenzsteuersatz in allen Kantonen mindestens 22 Prozent betragen, ab einem Vermögen von 2 Millionen Franken mindestens 5 Promille. Degressive Steuersätze werden verboten. Heute kennt ungefähr die Hälfte der Kantone teilweise tiefere Steuern. Sie müssten ihre Sätze anheben und während einer Übergangszeit zusätzliche Beiträge an den Finanzausgleich unter den Kantonen entrichten.



Der Steuerwettbewerb hat desaströse Züge angenommen.

schärfen und für mehr Gerechtigkeit sorgen. Bereits heute gibt es innerhalb der Kantone gewisse Grenzen des Steuerwettbewerbs. Die Initiative will nun auch für den harten Kampf zwischen den Kantonen Leitplanken setzen. Sie tut dies mit Augenmass, indem sie sich auf die Einkommen über 250 000 und Vermögen über zwei Millionen beschränkt. So schafft sie weder den Steuerwettbewerb noch den Föderalismus ab.

In der parlamentarischen Debatte wollte Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) den Bundesrat beauftragen, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und aufzuzeigen, wie er den Steuerwettbe-

werb gegenüber heute begrenzen will. Sie fand mit diesem Vorschlag keine Gnade und unterstützt deshalb die Initiative: «Sie mag nicht das perfekte Instrument sein. Doch wir müssen den Steuerwettbewerb dort unterbinden, wo er unfair wird und die Teilnehmer nicht mehr mit gleich langen Spiessen operieren können.»

Deutliches Ja der EVP

Nebst der Einführung von Mindeststeuersätzen sieht die Initiative ein Verbot degressiver Steuern vor. Damit wird verhindert, dass reiche Personen einen kleineren Prozentsatz ihres Einkommens versteuern müssen als tiefere Einkommensklassen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch einzelne Kantone haben sich erst vom Bundesgericht von derartigen Plänen abbringen lassen. Dies zeigt, welch absurde Blüten der Wettbewerb um die besten Steuerzahler mittlerweile treibt.

Deshalb hat die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 28. August in Weinfelden mit 75 zu 12 Stimmen die Ja-Parole zur Steuergerechtigkeitsinitiative beschlossen.

Mitarbeit: Dominic Roser.

Steuerwettbewerb – Aussagen und Repliken

1. «Steuerwettbewerb zwingt die Politik zur Ausgabendisziplin.» Das ist richtig und gut so. Doch es sagt noch nichts über staatliche Effizienz aus. Man kann auch wenig Geld ineffizient und für das Falsche ausgeben. Ein uneingeschränkter Steuerwettbewerb bringt einzelne Gemeinwesen an den Rand des Belastbaren.
2. «Tiefe Steuern sind ein Standortvorteil.» Mit Sicherheit. Doch Steuern sind nur ein Faktor unter vielen im Standortwettbewerb. Lebensqualität, qualifizierte Arbeitskräfte, politische Stabilität und gute, effizient erbrachte staatliche Leistungen sind ebenso wichtig.
3. «Tiefere Steuern lohnen sich mittelfristig, weil dadurch Unternehmen und Privatpersonen angesiedelt werden können, die ihrerseits wieder Steuern bezahlen.» Theoretisch richtig. Doch in der Praxis wurde dieser Effekt noch nie nachgewiesen. Sondern die angrenzenden Gemeinwesen senken ebenfalls ihre Steuern und am Schluss stehen alle mit tieferen Steuereinnahmen da.

KURZ & BUENDIG

Neues Alkoholgesetz

Das Alkoholgesetz wird totalrevidiert. Die EVP fordert ein Verkaufsverbot zwischen 21 und 7 Uhr, ein Verbot von Lockvogelangeboten wie Happy Hours etc. sowie die Einschränkung der Bier- und Weinwerbung am TV und an Sportveranstaltungen. Schliesslich wehrt sich die EVP gegen die geplante Steuerbefreiung von 10 Litern reinen Alkohols pro Person und Jahr. Sie verbilligt den Alkohol unnötig.

Skepsis bei IV-Revision

Die IV-Revision 6b ist eine schwer verdauliche Kröte. Wie 600 Millionen einsparen, ohne dass am falschen Ort gekürzt wird? Die EVP lässt sich kritisch vernehmen. Eingliederung ja – aber was, wenn das Engagement der Wirtschaft fehlt? Die Wahrscheinlichkeit, dass am Schluss die Sozialhilfe belastet wird, ist gross und die Erfolgsaussichten der Wiedereingliederung sind unbekannt.

Unverjährbarkeit

Nach dem Ja zur Initiative wird die Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Straftaten an Kindern vor der Pubertät umgesetzt. Bestimmte Straftaten sind neu unverjährbar, wenn sie an Kindern unter 10 Jahren begangen worden sind. Die EVP will, dass auch die Verstümmelung weiblicher Genitalien, der Menschenhandel und die Förderung der Prostitution dazuzählen.

Für eine öffentliche Gesundheitskasse

Die EVP hat die Initiative «für eine öffentliche Gesundheitskasse» mitlanziert. Vorgesehen ist eine öffentliche Gesundheitskasse für die Grundversicherung mit regionalen Zweigstellen, welche die Prämien pro Kanton aufgrund der tatsächlichen Kosten festlegt und die bisherige Konkurrenz unter den Kassen überflüssig macht.

VORSTOESSE

Berufliche Integration für alle

Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) in der Fragestunde: Wie will der Bundesrat die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung stärken? Entsprechende Lippenbekenntnisse passen schlecht zu seiner Absicht, die Finanzierung der beruflichen Erstausbildung einzuschränken.

Ist Wiedereingliederung realistisch?

Die 6. IV-Revision will sparen durch Wiedereingliederung. Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) will vom Bundesrat wissen, durch welche Zahlen die diesbezüglichen Annahmen gestützt werden, wie robust diese Annahmen sind und ob die Erfolgsfaktoren der Wiedereingliederung bekannt sind.

Ausbildungsplätze für Jugendliche

Maja Ingold macht mit einem Postulat darauf aufmerksam, dass es nicht genug Ausbildungsplätze gibt für Jugendliche mit schwachem Schulrucksack. Der Bundesrat soll die Attraktivität der Attestausbildungen steigern.

AUS DEM BUNDESHAUS

IM SCHATTEN DER BUNDESRATSWAHLEN

Mit der Vereidigung von Nationalrätin Marianne Streiff ist die EVP zu 100% mit Frauen im Bundeshaus vertreten. Nebst den Bundesratswahlen kommen in der Herbstsession auch Sachgeschäfte zur Sprache...

(nh). Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative «Schutz vor Waffengewalt» zur Ablehnung. Das heutige Waffengesetz bietet ausreichend Schutz vor Missbrauch. EVP-Präsident Heiner Studer ist Mitglied des Initiativkomitees.

Im Mietrecht bleibt alles beim Alten. Der Nationalrat will die Mieten definitiv nicht von den Hypothekarzinsen abkoppeln und an die Teuerung binden. Unverständlich!

Keine Einigung im Hundegesetz: der Nationalrat will (wie die EVP) den Kantonen weitergehende Regelungen erlauben, der Ständerat stellt sich quer.

Diskussion über Boni-Steuer hält an: zwei von der EVP bejahte Motionen sind chancenlos, wonach Vergütungen an Top-Kader nicht mehr vollumfänglich von der Gewinnsteuer abgezogen werden dürfen.

Mit der 11. AHV-Revision wären Frührentierungen während 10 Jahren finanziell abgedeckt worden. Doch die Revision wird von SVP und SP bereits in der Schlussabstimmung versenkt. Zurück an den Start!

Kinderkrippen werden weitere vier Jahre gefördert. Nachdem EVP-Nationalrätin Maja Ingold im Nationalrat den Ausschlag für 120 Millionen Franken gegeben hat, stimmt auch der Ständerat der Verlängerung des Impulsprogramms zu.

Keine Revision des Zivildienstgesetzes: Nach Abschaffung der Gewissensprüfung auf Betreiben Heiner Studers hin waren die Gesuche vorübergehend sprunghaft angestiegen. Nun soll die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Der Nationalrat kippt alle Präzisierungen aus dem Raumplanungsgesetz und überlässt es den Kantonen, wie sie den Zweitwohnungsbau bekämpfen wollen. Die EVP fordert Kontingente und eine Mehrwertabschöpfung bei Einzonungen.

Abschaffung der Velovignette: Marianne Streiff und Maja Ingold befürworten die Vereinfachung.

Bei der Revision der Unfallversicherung sprechen sich die EVP-Nationalrätinnen gegen Verschärfungen aus und die Fraktion schwenkt mehrheitlich auf die gemässigte

Version des Bundesrates. Doch das Geschäft wird zurückgewiesen.

Johann Schneider-Ammann und Simonetta Sommaruga werden in den Bundesrat gewählt. Die EVP tut, was sie in solchen Situationen immer tut: Zur Wahl gratulieren und zum nicht immer einfachen Amt Gottes Segen wünschen!

Der Nationalrat stimmt der Volksinitiative «jugend+musik» zu. Für Maja Ingold (EVP, ZH) darf die Musik nicht länger Stiefschwester des Sports bleiben. Sie muss in der Schule gefördert werden.

Die Offroad-Initiative geht nicht nur der EVP zu weit, hingegen beschliesst der Rat strengere CO2-Vorschriften für Autos. Nun muss die Umweltkommission einen Gegenvorschlag ausarbeiten.



Medienkonferenz am 27. August: Marianne Streiff folgt auf Walter Donzé.

SATIREABEND



Thiels «Politsatire 3»

Am Samstag, den 27. November lädt die EVP in Aarau zur «Politsatire 3» mit Andreas Thiel. Als EVP-Mitglied bezahlen Sie CHF 30.00 statt CHF 35.00.

Die Mitglieder des Club1000 sind vorgängig zu einem feinen Essen und zur Satire eingeladen.

TERMINE

- 20. November 2010 EVP Schweiz, Murten Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 27. November 2010 EVP Schweiz, Aarau «Politsatire 3» mit Andreas Thiel
- 28. November 2010 Volksabstimmung
- 4. Dezember 2010 EVP Schweiz, Sursee Strategietag Nationalratswahlen 2011
- 22. Januar 2011 EVP Schweiz, noch offen Fokustag «Jugendgewalt»
- 13. Februar 2011 Volksabstimmung
- 19. März 2011 EVP Schweiz, noch offen Delegiertenversammlung und Zentralvorstand

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 17. Jahrgang, Nummer 4, Oktober 2010 Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber: EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Joel Blunier, Walter Donzé, Niklaus Hari, Maja Ingold, Paul Kleiner, Dominic Roser, Marianne Streiff, Heiner Studer, Margrit Walti.

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

KURZ & BUENDIG

Keine längeren Ladenöffnungszeiten

Im Kanton St.Gallen hat der Souverän zum dritten Mal gegen längere Ladenöffnungszeiten gestimmt. Die Abstimmung wurde möglich, weil EVP-Kantonsrat Reto F. Denoth das Ratsreferendum ergriffen hatte. Das Volk hat erkannt, dass das Gewerbe längere Öffnungszeiten gar nicht will und die Angestellten so auch noch um den letzten Rest ihres Feierabends gebracht worden wären.

Mehr Demokratie

Die EVP Kanton Zürich will mehr Demokratie bei der Gestaltung der Aussenbeziehungen des Kantons. Der Regierungsrat soll bei Entscheiden zu interkantonalen Vereinbarungen zumindest die Kommissionen konsultieren müssen. Allgemein soll der Kantonsrat Mitsprache erhalten.

MITARBEITER

NEUER COORDINATEUR ROMAND

Christian Meyer ist der neue Coordinateur romand der EVP Schweiz. Er hat die Nachfolge von Silvia Hyka per Anfang Oktober angetreten.

(nh). Nach fünf Jahren als Coordinatrice romande hat Silvia Hyka per 1. Oktober 2010 ihre neue Stelle bei insieme Vaud angetreten. Ihr Nachfolger heisst Christian Meyer, der mit seiner Familie nach acht Jahren in Burkina Faso vor kurzem in die Schweiz zurückgekehrt ist und sich in Brugg (BE) niedergelassen hat. Der gelernte Elektroniker und technische Kaufmann hat Theologie studiert und war in Afrika als Lehrer und Projektleiter tätig. Er ist zu 40% angestellt (später 60%) und wird die Sektionen in der Romanandie bei ihrem weiteren Parteaufbau unterstützen. Die EVP heisst Christian Meyer als neuen Mitar-

beiter herzlich willkommen und wünscht ihm alles Gute!



Christian Meyer.

PERSONEN



Neu im Präsidium

EVP Kanton Neuenburg: Didier Rochat (Bild) übernimmt das Präsidium von Daniel Delisle, Mitgründer der PEV Neuchâtel.

Baden: Auf Brigitte Müller-Kaderli folgt Fredi Bärtschi als Präsident der EVP Baden. Er ist Arzt mit eigener Praxis in Lupfig.

Münchenbuchsee: Nach 5 Jahren übergibt Heinrich Wenger sein Amt als Präsident der EVP Münchenbuchsee an Gemeinderatsparlamentarierin Renate Löffel-Wenger und alt Gemeinderat Matthias Hügli (Co-Präsidium).

Windisch: Martin Schibli wird Nachfolger von Madeleine Nater, welche der EVP Windisch rund zwanzig Jahre lang vorstand. Schibli ist Kulturingenieur ETH/SIA und Einwohnerrat.

Neu im Amt

Busswil (neu Gemeinde Lyss): Hans-Ulrich Bourquin vertritt die EVP als eines von sieben neuen GGR-Mitgliedern im Gemeinderat (Legislative) von Lyss.

St.Gallen: Mit lic. jur. HSG Ralf Altweg wurde in stiller Wahl ein EVP-Mitglied ins St.Galler Kreisgericht gewählt.

Neues Personal

EVP Kanton Aargau: Die neue Parteisekretärin der EVP Kanton Aargau heisst Esther Manitta. Die Zofingerin wird Nachfolgerin von Therese Dietiker.

Neues Amt?

EVP Kanton Zürich: Die Delegierten der EVP Kanton Zürich haben Nationalrätin Maja Ingold einstimmig zur Regierungsratskandidatin gekürt. Die EVP will eigenständig in die Wahlen gehen und lehnt eine Koalition mit SP und Grünen ab.

EVP FRAUEN

EVP FRAUEN ZU BESUCH IM BUNDESHAUS

Anlässlich ihres Besuchs im Bundeshaus diskutieren die EVP Frauen mit den beiden Nationalrätinnen und lachen mit Bundesrat Merz.

VON MARGRIT WÄLTI

Am 20. September haben die EVP Frauen das Bundeshaus und die beiden neuen Nationalrätinnen der EVP besucht. Unter der Führung von Nancy Bolleter, Präsidentin der EVP Frauen, erlebte die Gruppe auf der Zuschauertribüne eine sehr rare Situation während der Fragestunde. Niemand hätte es Bundesrat Rudolf Merz zugetraut, dass er seine Antwort auf eine Frage über die Einfuhr von gewürztem Fleisch vor lauter Lachen stückweise fast nicht verlesen konnte. Die Verwaltung hat ihm eine so ausführliche Antwort übergeben, dass er am Schluss zugeben musste, dass er selber nicht alles ver-

standen habe, was er dem Parlament vorgelesen habe. Abgerundet wurde der Besuch durch eine Gesprächs-

runde mit den beiden EVP-Nationalrätinnen Marianne Streiff und Maja Ingold.



Eine fröhliche Schar: die EVP Frauen auf dem Bundesplatz.

A.Z.B.
3000 Bern 7

Adressberichtigung melden

BLITZKASTEN

ZWEI FRAUEN IN BERN

(nh). Maja Ingold und Marianne Streiff – beide tragen ein «M» im Namen, haben 3 Kinder, das Lehrpatent, unter anderem eine Weiterbildung zur Legasthetherapeutin absolviert, haben ein Exekutivamt in ihrer Gemeinde bekleidet – und sie sind die beiden ersten Nationalrätinnen der EVP. Damit ist die EVP-Vertretung im Parlament zu 100% in Frauenhand. Freude herrscht – nicht nur bei den zweien!

Unser Bild zeigt Maja Ingold und Marianne Streiff vor dem Bundeshaus. Damit die Kuppel im Hintergrund zu sehen ist, stehen die beiden auf einem schmalen Bänklein und der Fotograf liegt vor ihnen auf dem Rücken. Die Blitzlichter in den Brillengläsern und die Halterung der Überwachungskamera neben Marianne hat Herr Sommerfeld aus Wetzlar fürs idea-Titelbild brillant wegretouchiert – und uns das Bild freundlicherweise überlassen.

Es kann heruntergeladen werden unter www.evpev.ch > Personen > Nationalrat. Dort sind auch die Vorstösse, Biographien und weitere Fotos der beiden EVP-Nationalrätinnen zu finden!



Bild: Inkaus Harl, Bearbeitung: Kai-Alexander Sommerfeld

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

3. ausserordentliche DV der EVP Schweiz am Samstag, 20. November 10.15 bis 12.30 Uhr in der Orientierungsschule Murten.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmenzähler (Protokollprüfer)
5. Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt», Parole
6. Beschlussfassung über die Lancierung einer Volksinitiative
7. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Ich melde mich für die DV vom 20. November an.
(Webanmeldung möglich unter www.evpev.ch > Termine)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 15. November 2010 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

STRATEGIETAG 2011

im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2011 am Samstag, 4. Dezember 2010, 9.15 bis 16.00 Uhr im Campus Sursee.

1. Wahlkampagne der EVP (Ziele, Strategie, Themen)
2. Öffentlichkeit als Nischenpartei
3. Kantonalparteien im Wahlkampf
4. Volksinitiative als Wahlinstrument
5. Diskussion in «Open Spaces»
6. Geplante Wahlkampfprojekte

Ich melde mich für den **kostenlosen** Strategietag an.
(Webanmeldung unter www.evpev.ch > Termine).

Name: _____

Adresse: _____

PLZ / Ort: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 29. November 2010 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7